

Antworten der Träger öffentlicher Belange zur
6. Änderung des Flächennutzungsplanes Euben, Gemeinde Bindlach;
Eingegangene Stellungnahmen aus der Bürger- und Behördenbeteiligung:

I. Behördenbeteiligung:

Die Unterlagen wurden mit Schreiben vom 26.02.18 den Tr. öffentl. Belange zugeleitet. Stellungnahmen waren erbeten bis zum 26.03.18 – verlängert bis 06.04.2018

	Träger / Behörde	geantwortet: Inhalt	Abwägungsvorschlag zur Sitzung am 25.06.2018
1.)	Regierung von Oberfr. Postfach 11 01 65 95420 Bayreuth	28.02.18 Keine Einwände	Zur Kenntnis genommen
2)	Regionaler Planungsverband Oberfranken Ost Postfach 16 65 95015 Hof / Saale	5.03.18 Keine Einwände	Zur Kenntnis genommen
3)	Landratsamt Bayreuth Markgrafenallee 5 95448 Bayreuth a) - d)	27.04.18 Baurechtliche Stellungnahme Ohne Einwände aus -baurechtlicher Sicht -aus wasserwirtschaftlicher Sicht -seitens Immissionsschutzes -aus abfallrechtlicher und -wirtschaftlicher Sicht 12.03.2018 Anmerkung zur Stellungnahme des WWA Hof: Von der Altlastverdachtsfläche 47200025 ist ein kleinerer Teil des MD-Gebiets des Ortsteils Euben betroffen: Am Ostrand der Flur-Nr. 7, Gmkg Euben, befindet sich im MD-Gebiet eine ca. 1.800 m² große Teilfläche der Verdachtsfläche, auf welcher jedoch laut Historischer Erkundung lediglich Bodenaushub und ggf. Bauschutt abgelagert wurde. Die eigentliche Altlastverdachtsfläche liegt westlich außerhalb des MD-Gebiets (siehe beiliegenden Lageplan).	Wird zur Kenntnis genommen Wird in den Plan samt zugehöriger Beschreibung aufgenommen.
3 e)	Hermann Schreck Kreisbrandrat Birkenstr. 5 95466 Weidenberg	e) 16.03.18 aus der Sicht des abwehrenden Brand- schutzes wird dringend empfohlen, folgende Punkte zu beachten: Die öffentlichen Verkehrsflächen sind so anzu- legen, dass sie hinsichtlich der Fahrbahn- breite und Krümmungsradien mit den Fahr- zeugen der Feuerwehr jederzeit und unbehin- dert befahren werden können. Die Tragfähig- keit und Ausführung muss hier für Fahrzeuge bis zu einer Achslast von 10 t ausgelegt sein. Grundsätzlich ist DIN 14 090 „Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken“ und Art. 15 (3) BayBO zu beachten. Bei Sackstraßen ist darauf zu achten, dass die sog. „Wendehammer“ auch für Feuerwehr- fahrzeuge nutzbar sind. Zur unbehinderten Benutzung ist ein Wendeplatzdurchmesser von mind. 16 m erforderlich. Gegebenenfalls sind Verkehrsbeschränkungen (Halteverbote) zu verfügen. In Bezug auf evtl. geplante, verkehrsberuhigte Zonen wird darauf hingewiesen, dass Hinder- nisse wie Aufplasterung, Blumen- und Pflanz- kübel oder der Einbau von Schwellen die Zufahrt für die Feuerwehr nicht behindern dürfen.	Wird zur Kenntnis genommen, jedoch für Flächennutzungsplan nicht relevant.

	<p>Fortsetzung: Hermann Schreck Kreisbrandrat Birkenstr. 5 95466 Weidenberg</p>	<p>Fortsetzung:</p> <p>Die Einhaltung der gemäß BayFwG vorgegebenen Hilfsfrist von 10 Min. muss gewährleistet sein.</p> <p>Bei Gebäuden, deren Obergeschosse außerhalb der Reichweite der bei der im Schutzbereich zuständigen Freiwilligen Feuerwehr vorhandenen tragbaren Leitern liegen, ist der 2. Rettungsweg baulich herzustellen.</p> <p>Die notwendige Löschwassermenge ist durch den Ausbau der abhängigen Löschwasserversorgung (Hydrantennetz) entsprechend dem Merkblatt Nr. 1.9 - 6 vom 25.04.1994 des Bayer. Landesamtes für Wasserwirtschaft bzw. nach den technischen Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) Arbeitsblatt W 405 bereitzustellen.</p> <p>Wenn die notwendige Löschwassermenge über die gemeindliche Trinkwasserversorgungsanlage nicht sichergestellt werden kann, ist die Löschwasserversorgung anderweitig, z. B. über unterirdische Löschwasserbehälter nach DIN 14 230 sicherzustellen. Ob eine, über den Grundschutz hinausgehende Löschwassermenge erforderlich ist, hängt von der Brandlast eines Betriebes ab und kann erst im konkreten Einzelfall festgelegt werden.</p> <p>Die Abstände zwischen Bauten und Hochspannungsleitungen müssen den Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker VDE 0132 entsprechen.</p> <p>Die genannten Forderungen betreffen nur den abwehrenden Brandschutz.</p> <p>Für den vorbeugenden, baulichen Brandschutz sind die Bestimmungen der Bayerischen Bauordnung zu beachten.</p>	
3 f)	<p>Landratsamt Bayreuth Markgrafenallee 5 95448 Bayreuth Stellvertr. Kreisheimatpfleger Herr Stark</p>	<p>26.03.18 Keine Einwendungen</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
4.)	<p>Wasserwirtschaftsamt Hof Jahn 4 95030 Hof</p>	<p>21.03.2018</p> <p>In der vorliegenden Entwurfsfassung sind die mit Stellungnahme vom 18.12.17 genannten Ablagerungen bei Obergräfenthal mit aufgenommen. Im Bereich Euben ist dies jedoch nicht erfolgt. Diese Ergänzung sollte noch durchgeführt werden. Aufgrund der zwischenzeitlich vorliegenden historischen Erkundung des LRA BT sind folgende Fakten zu berücksichtigen:</p> <p>Außer der Altlastenverdachtsfläche Euben I (ABuDIS-Nr. 47200025) mit den bereits genannten Flurstücken (teils in Teilflächen), ist von einer 2. Ablagerung Euben II (ABuDIS-Nr. 47200669) auf Fl.Nr.n 105, 106, 107 Gmkg. Euben auszugehen. Der bisher angenommene Umgriff ist beiliegenden Auszügen aus historischen Erhebungen zu entnehmen. Für beide Flächen plant das WWA Hof in 2018, auf Bitte des LRA BT, eine orientierende Altlastenuntersuchung zu beantragen.</p> <p>Ansonsten bleibt die Stellungnahme vom 18.12.17 weiterhin gültig.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Alle im Verlauf des Verfahrens übermittelten Altlastenverdachtsflächen wurden im Plan ergänzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen</p>

5)	Staatliches Bauamt Bayreuth Postfach 1101636 95420 Bayreuth	Keine Antwort - Nach BauGB § 4 Abs.1 (letzter Satz) keine Einwendungen bzw. Belange nicht berührt	Wird zur Kenntnis genommen.
6)	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Bayreuth Wittelsbacher Ring 15 95444 Bayreuth	Keine Antwort - Nach BauGB § 4 Abs.1 (letzter Satz) keine Einwendungen bzw. Belange nicht berührt	Zur Kenntnis genommen
7)	Bayernwerk AG Kundencenter Kulmbach Hermann-Limmer-Str.9 95326 Kulmbach	22.03.2018 Im überplanten Bereich befinden sich Versorgungseinrichtungen der Bayernwerk AG. Gegen das Planvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Da die Freileitung in der vorliegenden Entwurfsfassung nun dargestellt ist, bestehen nunmehr keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen
8)	TenneT TSO GmbH Luitpoldstr. 51 96052 Bamberg	06.03.18 Belange werden nicht berührt, da keine Anlagen vorhanden.	Zur Kenntnis genommen
9)	Direktion für Ländliche Entwicklung Nonnenbrücke 78 96047 Bamberg	Keine Antwort - Nach BauGB § 4 Abs.1 (letzter Satz) keine Einwendungen bzw. Belange nicht berührt	Zur Kenntnis genommen
10)	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Adolf-Wächter-Str. 10 95447 Bayreuth	19.03.2018 Das AELF Bayreuth hält inhaltlich an der im ersten Zug abgegebenen Stellungnahme vom 15.12.2017 fest. Insbesondere die Einbeziehung vorhandener Bebauung in ein bestehendes Mischgebiet Dorf (MD), wie auch die maßvolle Erweiterung solcher MD wird aus Sicht des AELF unterstützt. Dagegen ist die Neuausweisung des Lerchenhofes als Mischgebiet Dorf (MD) aus landwirtschaftlicher Sicht abzulehnen. Aus guten Gründen wurde hier der landwirtschaftliche Betrieb durch privilegierte Vollaussiedlung in den geschützten Außenbereich gelegt. Die Privilegierung der Landwirtschaft nach §35 Abs. 1 Nr. 1 stellt einerseits einen Schutz für den Betrieb dar, da heranrückende Wohnbebauung, immissions-technisch betrachtet, in erforderlichem Abstand gehalten werden kann. Andererseits wird der ansonsten arg strapazierte und von aktuell immer noch viel zu hohen Flächenverlusten gekennzeichnete Außenbereich als solcher besser geschützt, als durch Ausweisung eines MD. Die natürlichen Ressourcen und Produktionsgrundlagen für die Ernährung und Versorgung der Bevölkerung sind im Außenbereich besser geschützt, als im MD. Ein für die Bauleitplanung notwendiges Bedürfnis oder gar eine Erforderlichkeit (§ 1 Abs. 3 BauGB), aus dem Lerchenhof ein MD zu machen, ist nicht zu erkennen. Damit widerspricht die vorgelegte Änderung des FläNu-planes hinsichtlich des Lerchenhofes wegen der dahinterstehenden planerischen Bebauungsabsicht sogar dem landesplanerischen Ziel, Flächenverluste durch Bodenversiegelungen möglichst zu vermeiden.	Zur Kenntnis genommen Einbeziehungen und Anpassungen wurden in allen Orten vorgenommen. Es ist kein Grund ersichtlich dies beim Lerchenhof nicht auch zu tun. Außerdem besteht keine Verbindung zwischen den MD-Flächen Haselhof und Lerchenhof. Ein Heranrücken der Bebauung, näher als bisher, ist deshalb gar nicht möglich. Siehe auch in nachfolgend wiederholte Stellungnahme zum Vorverfahren.

11)	Bayerischer Bauernverband Adolf-Wächter-Str. 1A 95447 Bayreuth	<p>22.03.18 Die Stellungnahme vom 15.12.17 wird weiterhin aufrechterhalten.</p> <p><u>Stellungnahme vom 15.12.17:</u> <i>Aus landwirtschaftlich-fachlicher Sicht werden folgende Einwendungen vorgetragen: Der Flächennutzungsplan stellt einen nicht zu unterschätzenden Eingriff in landwirtschaftliches Eigentum und Bewirtschaftungsstruktur dar. Der Boden ist einer der wertvollsten und wichtigsten Naturgüter. Die dauerhafte Bewirtschaftung des Bodens durch die Landwirtschaft prägt nicht nur die traditionelle Umgebung. Die Landwirtschaft stellt die lebensnotwendige Produktion von Lebensmitteln sicher und gewährleistet die Pflege und den Schutz der Landschaft, fördert die Filterung und Bindung von Schadstoffen durch Pflanzenbestände, dient der Grundwasserbildung und stärkt die Prozesse für den ökologischen Stoffkreislauf. Eine mögliche Reduktion der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche durch die Änderung des Flächennutzungsplanes sollte eingeschränkt und auf ein Minimum reduziert werden.</i> <i>Offensichtlich wird in der Planung dem Naturschutz und landschaftspflegerischen Belangen wesentlich mehr Raum und Bedeutung eingeräumt als denen der Landwirtschaft.</i> <i>Auch wenn die „Kartierung schützenswerter Biotope in Bayern“ nur eine Übertragung der bestehenden Schutzflächen darstellt, spricht sich der Bay. Bauernverband generell gegen die Aufnahme der Biotope in den Flächennutzungsplan aus. Eine weitere Beeinträchtigung, Reduzierung oder Minimierung der landwirtschaftlichen Nutzung kann nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig soll das Ziel einer vitalen dörflichen Ortsentwicklung zum Wohnen und Arbeiten vordringlicher eingestuft werden, als den Fortbestand der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Kulturlandschaft sollte vorrangig für die Produktion von Lebensmitteln und Energie dienen.</i> <i>Der Lerchenhof soll als Dorfgebiet „MD“ ausgewiesen werden. Der Betrieb ist als privilegierter Bau im Außenbereich bewusst vom Dorf ausgesiedelt, damit der Fortbestand und die zukünftige Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes sichergestellt werden konnte. Es besteht <u>keine</u> direkte Anbindung zum bestehenden Dorfgebiet, sowie <u>keine</u> Abrundung oder Lückenschließung. Deshalb ist die Ausweisung des Lerchenhofes als Dorfgebiet nicht notwendig. Es wird weiterhin zu Bedenken gegeben, dass bei einer solchen Ausweisung die zukünftige Entwicklung des Betriebes aufgrund von z.B. Emissionsgrenzen eingeschränkt und erheblich beeinträchtigt werden könnte.</i> <i>Es wird gebeten, den Sachstand nochmals zu prüfen und die landwirtschaftliche Betriebsstätte im Flächennutzungsplan weiterhin frei zu halten.</i> Antrag: es wird beantragt, die Einwendungen in die Planung aufzunehmen. Des Weiteren wird ein weiterer Sachvortrag vorbehalten.</p>	<p>Dazu wird die Abwägung aus dem Vorverfahren hier wiederholt:</p> <p>Nur Anpassung und geringe Abrundungen erfolgt.</p> <p>Die Kartierung besteht seit 1988 und ist lt. Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde am LRA Bayreuth Bestandteil eines ordentlichen Flächennutzungsplanes.</p> <p>Der FläNuPlan erfordert die Festlegung der Nutzung. Mit einem MD besteht für einen landwirtschaftlichen Betrieb keine Einschränkungen - auch nicht hinsichtlich der Erweiterung. Es ist nicht beabsichtigt ein „Sondergebiet Landwirtschaft“ auszuweisen. Andere Deklarationen wären unpassend (wie z.B. WA, GE, GI)</p> <p>Zudem hat das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) geantwortet: „Aus landwirtschaftlicher Sicht keine Einwendungen. Die maßvolle Erweiterung und Anpassung der Dorfgebiete (MD) wird aus landwirtschaftlicher Sicht ausdrücklich begrüßt. Besser als bei ausgewiesenen Wohngebieten kann so ein organisches Wachstum sowohl der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe, als auch der ländlichen Wohnbebauung, wie in Punkt 8.2 des Umweltberichtes beschrieben, stattfindet.“ (vgl. Ziff. 10)</p> <p>Zur Kenntnis genommen</p>
-----	--	--	---

12)	Regierung von Oberfranken Bergamt Nordbayern Postfach 11 01 65 95420 Bayreuth	12.03.18 Es werden keine von der Reg. von Ofr.- Bergamt Nordbayern – wahrzunehmenden Aufgaben berührt.	Zur Kenntnis genommen
13)	Bayer. Landesamt für Denkmalpflege Schloß Seehof 96117 Memmelsdorf	Keine Antwort - Nach BauGB § 4 Abs.1 (letzter Satz) keine Einwendungen bzw. Belange nicht berührt Stellungnahme erfolgte im Vorverfahren	Zur Kenntnis genommen.
14)	Gewerbeaufsichtsamt Coburg Postfach 1754 96407 Coburg	Keine Antwort - Nach BauGB § 4 Abs.1 (letzter Satz) keine Einwendungen bzw. Belange nicht berührt	Zur Kenntnis genommen
15)	Bund Naturschutz Kreisgruppe Bayreuth Alexanderstr. 9 95444 Bayreuth	22.03.2018 Es wird begrüßt, dass die kartierten Biotope im geänderten Flächennutzungsplan stärker hervorgehoben sein werden. Auch die Einbe- ziehung bestehender Bausubstanz in den FläNu-plan wird begrüßt.	Zur Kenntnis genommen
16)	Ferngas Nordbayern GmbH Postfach 100813 95408 Bayreuth Antwort über: PLEDOC GmbH Postfach 120255 45312 Essen	Keine Antwort - Nach BauGB § 4 Abs.1 (letzter Satz) keine Einwendungen bzw. Belange nicht berührt	Zur Kenntnis genommen
17)	Licht- und Kraftwerke Helmbrechts GmbH Postfach 11 69 95233 Helmbrechts	28.02.2018 Im betroffenen Bereich werden keine Erdgasleitungen der LUK Helmbrechts GmbH betrieben.	Zur Kenntnis genommen
18)	Stadt Bayreuth Stadtplanungsamt Luitpoldplatz 13 95444 Bayreuth	22.03.2018 Keine Äußerung	Zur Kenntnis genommen.
19)	Gem. Heinersreuth Kulmbacher Str. 14 95500 Heinersreuth	26.02.2018 Es werden keinerlei Interessen der Gemeinde Heinersreuth berührt, daher wird auf eine Stellungnahme verzichtet.	Zur Kenntnis genommen.
20)	Gem. Neudrossenfeld Adam-Seiler-Str. 1 95512 Neudrossenfeld	Keine Antwort - Nach BauGB § 4 Abs.1 (letzter Satz) keine Einwendungen bzw. Belange nicht berührt	Zur Kenntnis genommen.
21)	Gem. Harsdorf Am Lerchenbühl 2 95499 Harsdorf	Keine Antwort - Nach BauGB § 4 Abs.1 (letzter Satz) keine Einwendungen bzw. Belange nicht berührt	Zur Kenntnis genommen.

**Es wurden im Anhörungsverfahren der Behördenbeteiligung
insgesamt 21 Träger öffentlicher Belange angeschrieben.**

II. Bürgerbeteiligung im Hauptverfahren

Stellungnahmen von Bürgern:

Keine